

che Einheiten in Gefahr kommen, ist kein Mittelstand da, der hier abpuffernd wirken kann. Und auch das müssen wir also ganz deutlich sagen: Auch hier erwischt uns die Schuld und die Last der Vergangenheit.

(Schwacher Beifall)

Kurz etwas zweites: Ich lenke die Aufmerksamkeit der Regierung und auch dieses Hohen Hauses auf die Gruppe der Frauen im Alter von Mitte 40 bis Mitte 50, eine Gruppe also, der zum Vorruhestand noch keine Möglichkeiten gegeben sind, der aber - da ja nur junge und dynamische Leute vermittelt werden, und jung und dynamisch, das sehen wir in den Zeitungsannoncen, ist man nur bis 35 in etwa - damit wenige Chancen eingeräumt werden. Nun hält sich ein 45jähriger gewiß nicht für alt, und er wird sich auch als dynamisch bezeichnen, und er ist auf keinen Fall so alt, daß er nicht noch umgeschult werden könnte.

Ein trauriges Beispiel bietet dafür z. B. die Humboldt-Universität, bei der ein Kurs zur Umschulung für arbeitslose Hochschulabsolventinnen zu Sozialtherapeutinnen läuft. Das ist notwendig, das tut not. Aber Frauen über 35 dürfen dort in diesen Lehrgang nicht mehr einsteigen.

Nein, meine Damen und Herren! Auch hieran ist nicht die Regierung schuld. Fragen wir uns doch, wer in dieser Hochschule solche Entscheidungen trifft, und warum wir in kritischen Phasen auf die Solidarität, die uns so lange Zeit getragen hat, mit einem Mal verzichten und wilde Marktwirtschaft spielen.

(Beifall)

Frau Präsidentin, nur ein Wort noch. Ich möchte das Feuer über Tarifverträge nicht anheizen. Aber ich möchte die Gelegenheit, daß gegenwärtig die Fernsehkameras auf mich gerichtet sind, nutzen. Ich wende mich an unsere Journalisten. Ich wende mich an die, die in den Redaktionen der Schreibstuben sitzen und hinter den Kameras stehen.

Meine Damen und Herren Journalisten, man kann ein Volk mutlos reden.

(Beifall bei CDU/DA, bei der F.D.P., vereinzelt bei der SPD)

Ich bitte Sie dringend: Schauen Sie Ihre Veröffentlichungen in den letzten Wochen und Monaten an! Sie haben 40 Jahre lang über Erfolge berichtet, die nicht da waren.

(Zuruf von CDU/DA: Sehr richtig! Beifall bei CDU/DA, vereinzelt bei der SPD)

Bitte geben Sie unserem Volk auch hier Mut und vermitteln zum Beispiel Dinge, wie man aus eigener Kraft gegen Arbeitslosigkeit angehen kann.

(Poppe, Bündnis 90/Grüne: Schreiben Sie weiter über Erfolge, die nicht da sind!?)

Nein, nein, lieber Herr Kollege. Und vermitteln Sie auch Kenntnisse, Rechtskenntnisse, um das gegenwärtig bestehende Vakuum auszufüllen und eigenes Denken zu ermöglichen.

Lieber Herr Kollege, ich danke, daß Sie mir die Aufmerksamkeit schenken, eine Frage zu stellen. Ich stehe Ihnen dafür nicht zur Verfügung.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und F.D.P.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion der DSU die Abgeordnete Landgraf, das Wort zu nehmen.

Frau Landgraf für die Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Artikel 12 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Arbeit so geregelt, wie es einer modernen Leistungsgesell-

schaft entspricht. Kaum irgendwo anders auf der Welt ist in der Sozialstruktur des Staates der Arbeitslose so weitgehend gesichert wie in der Bundesrepublik, einschließlich die Möglichkeit der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß durch Umschulungsmaßnahmen und dergleichen, ohne daß der Staat wie bisher in der DDR nur eine Scheinsicherheit bietet.

Im real zugrundegehenden Sozialismus auf deutschem Boden war dies anders. Hier wirkte das Prinzip mehr Schein als Sein wie in allen Bereichen des Staates DDR. Das bedeutet für den einzelnen zwar einen gesetzlich gesicherten Arbeitsplatz, aber zunehmende Beschäftigungslosigkeit. Dies war die logische Folge einer dem System eigenen, den modernen Erfordernissen des Weltmarktes nicht annähernd gewachsenen Kommandowirtschaft, wie sie in dieser Form allen sozialistischen Staaten eigen war und zwangsläufig in den Konkurs steuerte.

Deshalb wäre durch die Politik der SED mit ihrer nun offensichtlichen Unfähigkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens jeder gesetzlich gesicherte Arbeitsplatz unter dem irreführenden Heiligenschein des Rechts auf Arbeit zwangsläufig nicht mehr zu erhalten gewesen. Zunehmende Rückläufigkeit der Kaufkraft der DDR-Mark und Rücklauf des Konsumangebotes durch die unaufhaltsam den Bankrott ansteuernde Wirtschaftspolitik hätten alle sozial klingenden Gesetze und Bestimmungen über die gesicherte Existenz der DDR-Bürger außer Kraft gesetzt.

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne: Zum Thema, bitte!)

Das gehört zum Thema, meine Herrschaften.

Trotz des Gefängnisses DDR mit Mauer und Stacheldraht, trotz Eskalation aller Machtpotentiale wie Staatssicherheitsdienst und die vielen anderen Überwachungs- und Maßregelungseinrichtungen gelang es nicht,

(Unruhe im Saal)

diesen Prozeß des Abwirtschaftens nennenswert zu verzögern.

Letztlich war der 9. November 1989 der Tag, der den letzten Teil der totalen Pleite verhinderte.

Aber was blieb übrig? Ein Land mit einer Bankrottstruktur, das jetzt in Kürze den Aufschwung zu einem modernen Staat schaffen muß. Nur dank der Vereinigung mit dem anderen Teil Deutschland und der damit einmaligen Hilfestellung kann dies gelingen.

Die dem Sozialismus der SED zu verdankende Entwicklung und durch sie bedingte vorübergehende Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit haben ganz allein und ohne jegliche Abstriche eben diese SED und ihre unterwürfigen Helfershelfer zu verantworten. Daß diese erklärten Nachfolger dieser Organisation heute so tun, als sei es Schuld der jetzt sich vollziehenden Umbildung der ehemaligen DDR, ist eine Ungeheuerlichkeit. Dieser Argumentation bedienen sich diese Kräfte gerade in letzter Zeit. Sie vergessen, daß ihre jahrzehntelange Ausbeutung des Volkes der DDR mit Anhäufung von Riesenreichtümern in den Parteiapparaten nun von Tag zu Tag mehr bekannt werden.

Ebenfalls ist es kein Geheimnis, daß die Modrow-Regierung...
(Zwischenrufe: Zum Thema!)

Das gehört zum Thema!

Ebenfalls ist es kein Geheimnis, daß die Modrow-Regierung alles noch Mögliche getan hat, um die abgewirtschafteten Funktionäre und ihre hörigen Kader in Zukunft finanziell abzusichern.

(Beifall bei DSU und vereinzelt bei der SPD)

(Frau Wegener, PDS: Na, Sie können es doch jetzt ändern.)

Die durch den SED-Staat anerzogene Hilflosigkeit und Trägheit vieler Bürger,

(Frau Wegener, PDS: Man sieht's!)